- Ratsherr Schneider nimmt gemäß § 31 GO NRW nicht an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil. Er begibt sich in den Zuschauerraum. –

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt als Sachverständige die Herren Kerstan und Finke vom Ingenieur- und Planungsbüro Lange GbR; Moers.

Grund für die Festlegung von städtebaulichen Rahmenbedingungen für die weitere Bearbeitung der Neuaufstellung des Bebauungsplanes Rheinbach Nr. 65 „Bremeltal“ ist ein Hinweis des Rhein-Sieg-Kreises zum Immissionsschutz. Nach einleitenden Erläuterungen von Fachbereichsleiter Denstorff führen Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen und Herr Finke vom Planungsbüro Lange im Detail zu den Ergebnissen der untersuchten Aspekte und der daraus resultierenden Festsetzung einer Höhenbegrenzung von 150 m maximaler Anlagenhöhe zur Steuerung von Auswirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild und die Festsetzung von immissionswirksamen flächenbezogenen Schalleistungspegeln aus. Die Präsentationen von Fachgebietsleiterin Thünker-Jansen und Herrn Finke sind als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Sachkundiger Bürger Herr Dr. Lenke macht auf eine Unstimmigkeit in der Wirtschaftlichkeitsberechnung aufmerksam. Herr Finke sagt eine Überprüfung und ggfls. eine Korrektur der Wirtschaftlichkeitsberechnung zu. Herr Dr. Lenke kritisiert ferner, dass bisher nur Schätzwerte zu den Schallemissionen der Grafschafter Krautfabrik auf das Wohngebiet Siebenswinkel in Meckenheim vorliegen. Herr Kerstan erklärt hierzu, dass für die Schallkontingentierung ein gesondertes Schallgutachten erstellt wird.

Ratsherr Beer stimmt im Namen der CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Ratsfrau Krupp führt zur Vorgeschichte des Bebauungsplanes aus. Sie begrüßt in diesem Zusammenhang den heutigen Verfahrensstand und den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Fachbereichsleiter Denstorff bestätigt auf Nachfrage von Ratsfrau Krupp, dass in der Vergangenheit Vorverträge mit Grundstückseigentümern geschlossen wurden. Er erklärt, dass die Stadt nur für die städtebauliche Planung zuständig ist. Die Grundstücksvermarktung ist kein städtebaulicher Belang und ist nicht bei der Abwägung zum Bebauungsplan zu berücksichtigen.

Bezug nehmend auf die Ausführungen von Ratsfrau Krupp zur Vorgeschichte des Bebauungsplanes stellt Vorsitzender Pütz klar, dass zu keiner Zeit eine Verhinderungspolitik betrieben worden ist.

Da insbesondere die medizinischen Untersuchungen über Immissionen der Windkraftanlagen und deren gesundheitlichen Auswirkungen auf Mensch und Tier noch nicht abgeschlossen sind, hält Ratsherr BeiBel eine Bebauungsplanfestsetzung, die eine gesicherte Rückbauverpflichtung zum Inhalt hat, für zwingend erforderlich.

Fachbereichsleiter Denstorff erklärt hierzu, dass es sich bei der Neuaufstellung des Bebauungsplanes Bremeltal um einen einfachen Bebauungsplan handelt. Die Zulässigkeit von Vorhaben richtet sich in dem Fall nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes und nach den Vorschriften des § 35 Baugesetzbuch (privilegierte Vorhaben im Außenbereich). § 35 Abs. 5 BauGB stellt eine Rückbauverpflichtung sicher. Bei einer Insolvenz des Betreibers ist die Rückbauverpflichtung über Bürgschaften sichergestellt.

Ratsfrau Josten-Schneider bittet die Verwaltung um Stellungnahme zu der Laufzeit der Bürgschaften und zu der Frage, um welche Form von Bürgschaften es sich handelt. Nach Aussage von Fachbereichsleiter Denstorff werden Bankbürgschaften abgeschlossen. Detailregelungen können mit dem Investor in städtebaulichen Verträgen getroffen werden.

Ratsherr Wessel stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung im Namen der UWG-Fraktion uneingeschränkt zu.

Auf Wunsch von Ratsfrau Mäsgen sagt Herr Kerstan zu, den Ausschussmitgliedern eine Auflistung von Standorten mit vergleichbar hohen Windkraftanlagen zuzuleiten. Die Auflistung ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Sachkundiger Bürger Dr. Lenke möchte im weiteren Verfahren die Errichtung eines Bürgerwindparks in die Überlegungen mit einbeziehen. Fachbereichsleiter Denstorff stellt klar, dass mit dem Bauleitplanverfahren die Baurechte und nach städtebaulichen Gesichtspunkten die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Er rät dringend davon ab, als Stadt den Bürgern Investmentmöglichkeiten zu empfehlen.

Ratsherr Euskirchen begrüßt ebenfalls für die FDF-Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung. Er dankt den Herren Finke und Kerstan für ihre Ausführungen und verabschiedet sie um 19.50 Uhr.